

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer,
Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends, Preis 3 M., u. Abzahlg. 4 M. vierteljährlich, Schrift- u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10, Sprr.: 44 28 86, Postfch.: Vermögensvert. d. Verb. Hamb. 11598
16. Jahrgang Hamburg, 24. September 1932 Nummer 39

Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauernums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgereißt, von denen aus unsere Verbändevorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Berlin, den 13. September 1932.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende

Leipold

Der Reichslohntarifvertrag sowie der Tarifvertrag und Lohnvertrag für Rheinland-Westfalen allgemeinverbindlich!

Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir die Nachricht, daß der Reichslohntarifvertrag vom Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 1. September 1932 an allgemeinverbindlich erklärt wurde. Leider vorläufig mit räumlichen Ausnahmen (Schüringen usw.). Vor einigen Tagen

bereits wurden auch der rheinisch-westfälische Tarif- und Lohnvertrag, ebenfalls mit Wirkung vom 1. September an, allgemeinverbindlich erklärt.

(Wir geben die Entscheidungen auf der 2. Seite wieder.)

Ein erneuter Kampf um die politische Macht

Das deutsche Volk hat nur 6 Wochen Wahlferien gehabt. Der am 31. Juli gewählte Reichstag ist am 12. September aufgelöst worden. Dieser Reichstag war der fünfte der deutschen Republik. Er hat die kürzeste Lebensdauer von allen gehabt. Die durch die Verabredung mit Hitler ans Ruder gekommene Regierung der Barone, beabsichtigte die „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ in das Räderwerk der Politik einzugliedern und zur Mitarbeit heranzuziehen. Die sogenannte Präsidialregierung mußte es erleben, daß die von ihr als aufbauwillig angesehenen Kräfte sich als höchst raubheiniq erwiesen und darin mit den übrigen oppositionellen Parteien übereinstimmten, die Regierung zu stürzen. Wochen hindurch haben zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Schwarz-Blau-Bräunlich-Sozialkoalition stattgefunden. Die Öffentlichkeit ist nicht davon unterrichtet worden, was bei diesen Verhandlungen herausgekommen ist. Die Nazis haben das Zentrum im Wahlkampf auf das härteste bekämpft. Trotzdem haben sich diese Parteien erstaunlich rasch zu Verhandlungen zusammengefunden. Vorerst sind die Bemühungen zur Herbeiführung einer solchen Koalition eine Komödie geblieben.

Auf die dramatische Reichstagsitzung am 12. September wollen wir nicht weiter eingehen. Das Schauspiel dürfte unsern Lesern aus den Tageszeitungen bekannt sein. Der mit Hilfe des Zentrums und der Nationalsozialisten gewählte Reichstagspräsident Goering hat sich als höchst unfähig erwiesen. Das deutsche Reichsparlament zu leiten. Die Sozialdemokratische Partei war als zweitstärkste Fraktion des Reichstages im Präsidium nicht vertreten. Zentrum und Nazis hatten sich gefunden und das Reichstagspräsidium besetzt. Nur ein Deutschnationaler war mit hinzugenommen worden. Die Nationalsozialisten haben sich als Hüter der Verfassung aufgespielt. Daß dies nur eine Komödie war, ist von jedem Einsichtigen sehr rasch erkannt worden. Die gegenwärtige Regierung, die sich nur auf 42 Abgeordnete von 608 stützen konnte, wagte es, sich gegen die Parlamentsmehrheit aufzulehnen. Solange die Sozialdemokratische Partei die stärkste Fraktion war, und sie mit andern Parteien eine Mehrheit bildete, hat es keine Regierung gemagt, sich über einen solchen Bloß hinwegzusetzen. Die falschen Freunde der Verfassung gehörten sich mild als die Vertreter der Demokratie. In Wirklichkeit verachten sie grundsätzlich den Willen der Volksmehrheit und sind jederzeit bereit diktatorisch zu herrschen. Die Verstimmung zwischen den Nazis und der Papenregierung ist nur dadurch zustande gekommen, weil Hitler nicht Reichskanzler geworden ist und die Nazis nicht die beherrschende Stellung in der Reichsregierung und in Preußen bekamen. Das deutsche Volk hat nunmehr erfahren, wohin es geführt hat, daß die Anhänger einer Diktatur die Mehrheit im Reichstag erhielten.

Die Spiegelfechtere der Nationalsozialisten um die Rechte des Reichsparlaments ist eitel Lug und Trug. Sie toben gegen eine Regierung, die allein durch sie an das Ruder gelangt ist. Unzählige Beweise dafür sind vorhanden, daß nur durch die Nationalsozialisten die Regierung Papen-Schleicher zum Zug gelangen konnte. Der Demagoge Goebbels hat noch vor wenigen Tagen folgendes Eingeständnis gemacht: „Auf unserm breiten Rücken sind die feinen Herren behende in die Amtlichkeit geklettert.“ Dieses Hin- und Herklettern in die Amtlichkeit konnte nur geschehen, weil die Nazis ihren breiten Rücken geduldig hingehalten haben. Nun, da diese Regierung nicht mehr daran denkt abzutreten, tobt man wie die Wilden und beruft sich dabei auf die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes. Aber für alle Zeiten steht es geschichtlich fest, daß es ohne Hitler keine Regierung Papen-Schleicher gegeben hätte. Durch ihre Heße gegen Demokratie und Sozialismus haben die Nationalsozialisten einer Schicht zur Macht verholfen, die niemals Aussicht hatte, auf einem natürlichen Wege zur Macht zu kommen. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die durch noch so lautes Geschrei nicht aus der Welt geschafft werden kann. Für alle Zeiten, die die Regierung Papen seit ihrer Herrschaft zu vollbringen für gut befand, sind die Nationalsozialisten im vollen Umfange verantwortlich.

Als Gegengeschenk haben die „feinen Herren“ die Privatarmee Hitlers zugelassen. Das arbeitende Volk hat sich von diesen braunen Horden den blutigsten Terror gefallen lassen müssen. Zahlreiche Arbeiter haben dafür mit ihrem Leben gebüßt. Gewerkschaftshäuser wurden gestürmt, Konsumvereinsläden vernichtet, und dies alles nur deshalb, weil Hitler sich mit einem kleinen Kreis von Reaktionären zum Kampfe gegen den Marxismus verbunden hatte. Die Arbeitslosen, die Sozialrentner, die Kriegsoffer, viele Millionen armer Leute, haben durch dieses Bündnis

zwischen landfremden Demagogen und den eingetragenen Reaktionären einen starken Abbau ihres so wiesigen geringen Einkommens hinnehmen müssen. In dem neuen Wahlkampf muß die eherne Tatsache jedem Volksgenossen immer und immer wieder eingehämmert werden.

Die gegenwärtige Regierung wird jetzt noch für eine geraume Zeit im Amt bleiben. Die Wahlen zum Reichstag erfolgen erst am 6. November. Die Notverordnung zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft ist in Kraft getreten und wird vorläufig in Kraft bleiben. Mag diese in ihrem ersten Teil wirklich zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen, so ist dies aber mit gewaltigen Schwädigungen für das arbeitende Volk verbunden. Der zweite Teil der Verordnung bringt einen Lohnabbau in einer unerträglichen Höhe. Dieser Teil des Programms ist bereits am 15. September in Kraft getreten. Kein Reichsparlament vermag daran etwas zu ändern, weil ein solches nicht besteht. So bleibt neben dem Volksgewaltigen der Sozialdemokratischen Fraktion nur das Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes um die sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung zu mildern. Vieles ist jetzt noch in der Schwebe, manches kann abgeändert werden, weil in Zeiten der politischen Ohnmacht der einzige bestehende Machtkomplex des arbeitenden Volkes, die Gewerkschaften, zur Abwehr stark und kampfbereit gehalten wird.

Der neue Wahlkampf muß mehr als jeder andere zur Aufklärung über sozialistische Grundsätze benutzt werden. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben aus der Erkenntnis heraus, daß die kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, den Wiederaufbau vorzunehmen, einen grundsätzlichen Wandel in der Wirtschaftspolitik vorgeschlagen. Nur eine sozialistische Planwirtschaft ist in der Lage von unten auf eine krisenfesteste Wirtschaft zu schaffen. Die Forderungen der freien Arbeiterbewegung gipfeln in der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken, sowie aller staatlichen subventionierten Betriebe. Dieser Wirtschaftsplan geht davon aus, daß ein Wiederaufbau nicht durch Lohnreduktionen und Verstaatlichung der Sozialversicherung vor sich gehen muß, sondern durch Stärkung der Massenkraft und Aufrechterhaltung der Sozialpolitik. Das ist das Ziel, wofür sich die gesamte Arbeiterklasse in diesem Wahlkampf einsetzen muß.

Kein Zweifel darf darüber bestehen, daß der neue Wahlkampf dem früheren an Schärfe nicht nachsteht. Doch sind die Notizen diesmal verlässlicher. Die Nationalsozialisten sind in die Defensive gedrängt worden. Die Aussichten für die freie Arbeiterbewegung sind günstiger als bei den letzten Wahlkämpfen. Soll der Wahlkampf aber frei und ungehindert geführt werden, dann ist die Aufhebung der Zeitungsverbote und der übrigen Beschränkungen der Propagandafreiheit unbedingt erforderlich. Wenn ja, dann müßte es diesmal gelingen, die gesamte Arbeiterklasse auf einen gemeinsamen Boden zu bringen, damit ein einheitlicher Kampf geführt werden kann. Wenn wir uns hierüber auch keinen Illusionen hingeben, so sind wir doch der Meinung, daß der feste Kern der Abwehrfront gegen die Diktaturgallie der Papen-Schleicher hier um Hitler dort in der in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vereinigten Arbeiterbewegung liegt. Es geht um die politische Freiheit mit sozialem Fortschritt. Die Eisernen Front tritt erneut zum Kampfe an. Dieser wird hart und schwer sein. Aber es liegt kein Grund vor, ihm auszuweichen. Mit stählerndem Willen wollen wir ihn führen für Demokratie und Sozialismus.

Steigerung der beruflichen Arbeitslosigkeit um 2 vom Hundert

In den deutschen Börden herrscht seit einiger Zeit ein reger Betrieb. Die Kurse steigen und die Börden-geschäfte haben einen starken Auftrieb erfahren. Das Konjunkturinstitut, dessen Aufgabe die Erforschung des Konjunktur- und Krisenverlaufs ist, will die Anfänge dieser Aufwärtsentwicklung auf längere Zeit, ja sogar bis

Der Reichsarbeitsminister
III Nr. 1877/580 Zar.

Berlin NW 40, 15. September 1932
Scharnhorststraße 35.

Entscheidung.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Reichsbund des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks e. V., Berlin;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Süncher und Weißbinder Deutschlands, Hamburg; Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands, Düsseldorf.
- II. Tag des Abschlusses: 18. Juni/6. Juli 1932, Reichslohntarifvertrag, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichs-Manteltarifvertrag vom 18. April 1930.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbe im Umfang der Allgemein-Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 18. April 1930 (vergleiche RWBl. 1930 Nr. 27).
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausnahme der Provinzen Ober- und Niederschlesien, Rheinland und Westfalen; von der Provinz Westfalen werden jedoch die Orte Bielefeld, Gütersloh, Herford, Minden und Deynhausen erfasst; ferner mit Ausnahme des Freistaats Thüringen, des Landbestells Birkenfeld des Freistaats Oldenburg und der Stadt Darmstadt. Die Ausdehnung der Allgemein-Verbindlichkeit auf Thüringen, Birkenfeld und Darmstadt bleibt vorbehalten.
- V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. September 1932.
- VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Reichslohntarifvertrag. Eingetragen 17. September 1932 auf Blatt 9552/10584 Ifd. Nr. 11 des Tarifregisters. Der Registerführer: (Unterschrift) Im Auftrag gez. Dr. Stöcker. (Stempel u. Beglaubigung)

Der Reichsarbeitsminister
III Nr. 2594/297 Zar.

Berlin NW 40, den 5. September 1932
Scharnhorststraße 35

Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifordnung

(Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Vertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Rheinisch-Westfälischer Maler-Innungsverband, Sitz Essen, als Bevollmächtigter der angeschlossenen Innungen;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Süncher und Weißbinder Deutschlands, Bezirks IV, Köln; Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger Deutschlands, Düsseldorf.
- II. a) Schiedspruch vom 6. Mai 1932 in der Fassung vom 31. Mai 1932 über Aenderung und Weitergeltung des Mantelvertrages mit Anhang und Fortlenordnung vom 4. Juni 1929, b) Angenommener Lohnschiedspruch über Löhne vom 11. Mai 1932.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbe. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich nicht
 - 1. auf Arbeiter fachfremder Betriebe, die lediglich mit Instandsetzungsarbeiten oder Ergänzungsarbeiten für Betriebsanlagen oder mit Arbeiten beschäftigt werden, die der Herstellung von Erzeugnissen dienen,
 - 2. auf die ständigen Arbeiter des Reichs, der Länder, der Gemeinden und sonstiger öffentlicher Körperschaften einschließlich der Reichsbahn,
 - 3. auf die unständigen Arbeiter dieser Körperschaften, die lediglich mit Instandsetzungs- oder Ergänzungsarbeiten beschäftigt werden.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Rheinprovinz, Regierungsbezirke Arnberg, Minden (mit Ausnahme der Orte Bielefeld, Gütersloh, Herford, Minden und Deynhausen) und vom Regierungsbezirk Münster die Stadtkreise Bielefeld, Bielefeld und Gladbeck sowie der Landkreis Recklinghausen (mit Ausnahme von Stadt und Amt Haltern, die früher zum Landkreis Coesfeld gehörten).
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 13 (Tarifüberwachung) des Vertrages vom 4. Juni 1929; sie erstreckt sich auf Befristungsbestimmungen nur insoweit, als nicht durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse anderweitige Bestimmungen getroffen sind oder getroffen werden.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. September 1932.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrag. Eingetragen am 7. September 1932 auf Blatt 10 141 Ifd. Nr. 7 des Tarifregisters. Der Registerführer: gez. Kadtko. Im Auftrag gez. G o l b s c h m i d t. Beglaubigt: R a u b e l e s Ministerialkanzleisekretär.

auf das Ende des vergangenen Jahres zurückverlegen. Aber trotz dieser optimistischen Auffassung mag die Forschungsstelle doch nicht, den Beginn eines allgemeinen Aufschwunges vorauszufragen. Es wird in der Beurteilung auffallend vorsichtig und kommt in seiner Diagnosestellung nur zu dem Schluss, daß der Tiefstand der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zwar erreicht ist, allerdings noch nicht überschritten sei. In der Begründung wird auf eine Milderung der Depression auf dem Weltmarkt durch teilweise Räumung der Vorräte und fühlbares Anziehen der Preise für Rohstoffe hingewiesen. Soviel steht jedenfalls fest, daß auf dem Arbeitsmarkt bisher noch keine Anzeichen einer Konjunktur zu verzeichnen

sind. Ganz bestimmt nicht auf dem beruflichen Arbeitsmarkt, obwohl unser Maler- und Lackierergewerbe sonst ziemlich schnell auf konjunkturelle Veränderungen zu reagieren pflegt. Auch das hat natürlich seine guten Gründe. Bei dem Daniederliegen der Wirtschaft werden alle irgend vermeidbaren Ankosten aus Sparbarkeit unterlassen. Wenn sich aber Anfänge einer Besserung bemerkbar machen, werden vor allem die Inhaber von offenen Geschäften das Bestreben zeigen, ihre Verkaufsräume von innen und außen renovieren zu lassen, um gegen die Konkurrenz aufzufallen und das laufende Publikum an sich zu ziehen. Davon ist leider noch nichts zu spüren. Wo wirklich derartige Arbeiten ausgeführt

Arbeit ist Kultur und Kultur Arbeit

Der Dichter Gerhart Hauptmann, ein Sohn der harten schlesischen Erde, sprach kürzlich in einer Feier, die der Bildungsanspruch der Breslauer Gewerkschaften veranstaltet hatte. In der Rede des Dichters, die mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde, kamen folgende Sätze vor:

Nicht nur empfindsame, weisfremde Geister sprechen von der Menge oder Klasse mit Geringschätzung: das tun selbst anerkannte praktische Volksführer. Ich sehe darin ja nach dem nur Neuperfungen von Dünkel oder Gedanktenlosigkeit. Nichts Höheres kann der Mensch erreichen, als daß er vom Vertrauen der Menge, vom Vertrauen der Klasse getragen wird: es ist schwarzer Dank, schwarzer Verrat, mit Verachtung dafür zu danken. Dem Menschen ist vielleicht das schwerste Schicksal unter den Lebewesen auferlegt. Die Erbschaft eines Kampfes, der durch Jahrhunderte hindurch geht, verbunden mit einer ewigen Notlage, mit der er täglich ringen muß in einem Verhältnis besonders zu feinesgleichen, dem Mitmenschen, den er beinahe ärger als jedes untergeordnete Tier es tut, zu fürchten hat. Es gibt einen hohen Kampf des Menschen gegen die Natur im allgemeinen und gegen die Natur in ihm selbst. In den Dingen, die wir uns gegen unsere Natur abgerungen haben, gehört auch der menschliche Fleiß, gehört das Arbeitspflichtgefühl und vor allem, gehört die Arbeit selbst. Wir arbeiten daran, es kann nicht ausbleiben: diese größte Macht im Ringen mit der Natur wird die Menschheit noch einmal, trotz allem und allem ins Göttliche hoch hinaufheben! Nicht jede Arbeit hat den von mir bezeichneten höheren Sinn, sondern nur die, die die Wohlfahrt im weitesten Sinne zum Ziele hat, also die meiner augenblicklichen Zuhörer. Es ist die Arbeit, die in der

Gegenwart abelt und in eine göttliche Freiheit menschlicher Zukunft weist. Und darum empfinde ich tiefen Dank, wenn Sie mich als ein Mitglied dieser Gemeinschaft anerkennen und unter sich aufnehmen wollen."

Die sozialen Gegensätze im Sprichwort

Die Armen helfen die Füchse fangen, die Reichen in den Pelzen prangen, heißt es in einem deutschen Sprichwort, und es ist nicht das einzige Wort aus dem Munde des Volkes, das die sozialen Gegensätze zum Gegenstand hat. Armut ist des Reichen Ruh, heißt ein anderes Wort. Es kommt selten ein Kammon zusammen, es muß armer Leute Schweiß und Blut daran sein. Je magerer der Hund, desto fetter die Flöhe, sagt das Volk, aber die Flöhe, wollte sagen die Reichen, wollen das nicht wahr haben. Doch soviel sie auch reden und tun: Dem Hungrigen ist nicht gut lang predigen. Und: Man kann lang predigen, ehe der Bauch voll wird, denn der Bauch hat keine Ohren. Weder der volle, noch der leere. Und wenn sie beide singen, so ist doch eines Vollen und eines Hungrigen Singen nicht einerlei Gesang. Wer satt ist, lobt das Fasten, und dürres Blatt und Herrenwort nimmt ein jeder Wind mit fort. Geloben ist adelig, halten häuerisch, sagt das Volk und meint dieselbe Sache: denn es kennt keine Pappenheimer. Nur die ganz Jungen, die Anerfahrenen, fallen auf die Worte der Großen herein; denn junge Räuße halten die Raube für ein schönes Tier. Später wissen sie: Es gehören viele Räuße dazu, um eine Raube totzubeißen. Ein anderes Wort, das die Solidarität preist, ist: Gleiche Bürde bricht niemand den Rücken. Die Armen wissen's, aber die Reichen handeln danach; denn: Die großen Hanse heißen einander nicht gern. Tun sie es aber doch, dann wehe den Armen; denn: Wenn die Reichen sich teilen, kriegen die Armen die Beulen. Das haben die Armen so oft erfahren, daß es

über dieses Thema gleich eine ganze Reihe Sprichwörter gibt. Eins heißt: Wenn die Herren einander raufen, muß der arme Mann das Haar barbeiben. Und ein anderes: Der Krieg geht allein über armer Leute Beutel. Geht aber dem Reichen wirklich mal das Unglück bis zum Knie, so geht's dem Armen gleich bis über den Hals. Und doch ist der Reiche aus dem gleichen Holz geschnitten wie der Arme, denn: Gehe ins Weinhaus und leß des Belmanns Kopf heraus, sagt der Volksmund, und: Als Adam hatte und Eva spann, wo war da der Belmann? Ja, wo war er da? Jetzt aber ist er da und pflegt mit der Pfeife, soll heißen, er kommandiert. Das ist ein Leben, das sich aushalten läßt, denn: Noch nie war einem Zuschauer eine Arbeit zu schwer. Wird der Arme jedoch alt und kommt er in die Lage, zuschauen zu müssen, statt selbst mit anzupacken, hat er nicht viel zu lachen, denn: Altem Diener und altem Hunde trieft kein Feit vom Munde. Die Not wartet nicht, bis der Arme alt ist, denn sie ist immer da, und: Ein vornehm Pferd wohnt besser als ein armer Mann. Selbst wenn der Arme zu Geld kommt, nützt es ihm nicht viel; denn: Der Pfennig bleibt bei keinem armen Mann. Was bei ihm bleibt, sind Kinder, die des armen Mannes Reichtum sind. Aber es scheint, als ob das Vergnügen davon auch nicht immer beim Armen gelegen hat; denn ein anderes Wort sagt: Die Reichen haben die Frauen, die Armen die Kinder. Salz und Sonnenschein sind armer Leute Fleisch und Wein. Dafür lebt er aber länger, denn: Der Praffer gräbt sein Grab mit den Zähnen, und: Ein Tag ohne Brot ist lang. Auch die Uhr spart der Arme, denn: Der Hunger ist eine gute Stundenuhr. Aber er weiß sich zu trösten in all seiner Armut, und hat er nichts, so praht er doch. So kommt es, daß manchem Menschen nichts fehlt als der Kobl, wenn er nur noch Speck dazu hätte. Doch soviel Not auch beim Armen zu Gast ist: Es ist kein so armer Mann, der im Jahr nicht einmal lachen kann. Erich Ortner.

werden, handelt es sich in der Regel um Verkleinerung von Läden und Kontorräumen zum Zwecke der Aufteilung in zwei oder mehr kleinere Geschäfte und wir können darin, so unangenehm es auch ist, leider keinen Anfang zu einem Wirtschaftsaufschwung sehen. Unsere Berufsfrage ist im Gegenteil im Monat August ungünstiger geworden. In 163 Filialen, die rechtzeitig über das Ergebnis ihrer Arbeitslosenzählung berichtet haben, hat die Erwerbslosigkeit zugenommen. Von 45 634, davon 78 weiblichen Mitgliedern, sind 33 370 männliche und 24 weibliche, zusammen 33 394 oder 73,2 vom Hundert als arbeitslos ermittelt worden. Rechnen wir die 4419 organisierten Lehrlinge von der Gesamtmitgliedszahl ab, da es zur Zeit arbeitslose Lehrlinge doch jedenfalls nicht geben wird, errechnet sich die relative Arbeitslosigkeit auf 81 vom Hundert der Gehilfenmitglieder. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um zwei vom Hundert, zu einer Jahreszeit, die unter normalen Verhältnissen gewöhnlich wieder einen Anlauf zu neuem Aufschwung vor dem saisonbedingten Abflauen in den Wintermonaten gebracht hätte. Wie katastrophal die Krise auf unseren Beruf seit Anfang 1931 gedrückt hat, zeigt die nachstehende Uebersicht, die keiner Erklärung bedarf.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliedszahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 1000 Mitglieder entfallende Arbeitslose a. Schlusse der letzten Monatswoche	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932	1931	1932
Januar	166	171	53 977	49 826	36 133	39 829	77,8	89,7
Februar	172	188	56 468	49 027	36 890	38 462	76,3	89,1
März	161	164	55 058	49 781	31 926	36 707	67,9	88,8
April	160	160	55 447	46 951	28 714	31 888	60,5	77,9
Mai	163	182	55 761	46 848	26 441	31 569	55,4	76,8
Juni	152	159	51 968	47 524	25 106	33 274	56,6	79,0
Juli	160	166	53 737	45 573	28 286	32 557	60,3	79,0
August	161	188	53 034	45 884	31 776	33 894	68,9	81,0
Septemb.	160	—	53 226	—	33 539	—	72,4	—
Oktober	167	—	51 243	—	35 244	—	79,4	—
Novemb.	166	—	51 171	—	37 620	—	84,8	—
Dezember	169	—	51 046	—	39 136	—	88,4	—

Die Kurzarbeit ist gegen den Vormonat fast nicht verändert und ist sich auch in der Verteilung auf die einzelnen Gruppen fast gleich geblieben. Leider gibt uns die Statistik keine zuverlässige Auskunft, wie das Malergewerbe bzw. die Lackierer oder die Industrie an der Kurzarbeit beteiligt sind. Es ist aber anzunehmen, daß sich über mehr als acht Stunden verkürzte Arbeitszeit fast reiflos auf unsere Kollegen in industriellen Betrieben beschränkt. Wenn die neue Notverordnung der Papenregierung vom Untermertum bis in die letzten Konsequenzen ausgenutzt wird, um sich den vollen Genuß der 400 Mark pro neu eingestellten Arbeiter zu sichern, darf man für die nächste Zeit wohl mit einer wesentlichen Zunahme der Kurzarbeit rechnen. Das mag für die Industrie zutreffen, allerdings ohne daß für unsere Kollegen auf dem Arbeitsmarkt eine auch nur geringe sichtbare Entlastung eintritt. Dagegen wird das eigentliche Malergewerbe auf diesem Gebiet kaum einen Nutzen verspüren. Es sei denn, daß die in Aussicht genommenen Erleichterungen und Zuschüsse zur Durchführung von Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden so forciert werden, daß die Aufträge schleunigst in Angriff genommen werden können. Um aber wirkliche Abhilfe zu schaffen, scheint uns der ausgeworfene Betrag von 50 Millionen Mark, zumal in angedacht der außerordentlich weit vorgeschrittenen Verwahrlosung der Wohnhäuser und vor allem der Wohnungen, doch recht ungenügend zu sein. Wir befürchten, daß sich das alte und immer neue Spiel wiederholt, daß andere Arbeiten ausgeführt werden, und daß die Mittel aufgebraucht sind, bevor die Malerarbeiten in Angriff genommen werden können. Wenn es diesmal anders kommen soll — und es muß die Aufgabe des Gewerbes sein hierauf Einfluß zu gewinnen — wird es uns nur lieb sein.

Nicht berichtet haben die Filialen: Aischaffenburg, Bochum, Brlig, Hamm i. W., Hindenburg, Jena, Konstantz, Mühlheim a. d. Ruhr, Neustadt a. d. S., Pirmasens, Rathenow, Schneidemühl, Srier und Wessel. Die gesperrt gedruckten Orte hatten auch für Juli keine Berichtskarte eingefandt.

Durchführungsverordnung zur Notverordnung vom 5. September

Am 14. September erließ der Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 15. September eine Ausführungsverordnung zur Notverordnung über die Senkung des Tariflohnes bei Mehreinstellung von Arbeitern. Ohne daß unsere grundsätzliche gegnerische Stellungnahme dadurch berührt wird, und stets eingedenk, daß die Kampfmaßnahmen so zu erfolgen haben, wie sie der Bundesauschuß (siehe die vorige Nummer des „Maler“) bestimmt hat, geben wir die für uns wesentlichsten Punkte wieder, weil sie für die praktische Durchführung wichtig und geeignet sind, Uebergreifen der Unternehmer zu begegnen.

Die Ausführungsverordnung legt den Begriff „Betriebsabteilungen“ in der Notverordnung in der Weise fest, daß als Betriebsabteilungen nur wirklich selbständige, auf einen eigenen Betriebswert gerichtete Betriebsteile im Sinne der Stilllegungsverordnung zu gelten haben. Wichtig ist die genaue Bemessung des Umfangs der Arbeitervermehrung und des jeweiligen Arbeitnehmerstandes. Mit zu zählen sind auch solche Arbeitnehmer, die auf Grund eines planmäßigen Austausch (Kämpfersystem) zeitweise die Arbeit ausüben. Nicht mit zu zählen sind eine Reihe anderer Personen und Arbeitnehmerkategorien, darunter Lehrlinge und Volontäre. Sie sind also keine Neueinstellungen, die eine Verkürzung des Lohnes rechtfertigen, zählen auch nicht bei der Bemessung der Grundzahl (also der Zahl, von der aus die prozentuale Erhöhung der Belegschaftszahl gerechnet wird). Auch Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind gehören

zu dieser Gruppe sowie Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig ist.

Von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern sind weiter nicht mitzuzählen Arbeitnehmer, die nur geringfügig, das heißt nicht mindestens 40 Stunden in der Woche beschäftigt sind oder keinen Tariflohn, oder mangels eines solchen, nicht den Ortslohn erhalten. Sie zählen aber im Gegensatz zur Gruppe im vorigen Absatz bei der Bemessung der Grundzahl.

§ 4 bringt eine neue Bestimmung, die verhindern soll, daß die Lohnverkürzung übermäßig stark wird, wenn der Arbeitgeber die bisherige Arbeitszeit von über 40 Stunden verkürzt und durch die dadurch mögliche Mehreinstellung zugleich Kürzung des Tariflohnes vornehmen kann. Verkürzt er die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden, so erhöht sich die Grundzahl prozentual. Beispiel: Ein Betrieb mit 200 Arbeitern arbeitet bisher 48 Stunden; er verkürzt die Arbeitszeit auf 40 Stunden, das heißt um ein Sechstel. Die Grundzahl der Beschäftigten erhöht sich damit gleichfalls um ein Sechstel, das heißt von 200 auf 233. Es darf eine Kürzung der Tariflohnesätze damit erst eintreten, wenn er mindestens 5 % von 233 bisherigen Arbeitnehmern mehr eingestellt hat.

Eine weitere Bestimmung ist, daß bei in den Monaten Juni, Juli und August 1932 stark verkürzter Arbeitszeit (36 Stunden und darunter) der Arbeitgeber berechtigt ist, die tatsächlich neu eingestellte Arbeitnehmerzahl um ein Drittel bzw. zwei Drittel und doppelt höher anzurechnen. (Bei nicht mehr als 36 Stunden gehabter Arbeitszeit ein Drittel; bei nicht mehr als 30 zwei Drittel; bei nicht mehr als 24 doppelt.) Außerdem wird noch einmal klargestellt, daß Abzüge nur vom tarifvertraglichen Lohnsatz, dagegen nicht vom übervertraglichen Lohnanteil und nicht von Sachbezügen usw. vorgenommen werden dürfen. Als „Wochenarbeitsstunden“ gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

Bundesausschreibung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Bundesausschuß des ADGB, versammelte sich, wie bereits in der vorigen Nummer berichtet wurde, am 9. September 1932 in Berlin zu seiner 9. Sitzung. Mit Rücksicht auf die seltene Wichtigkeit der Tagesordnung nahmen die Bezirkssekretäre des ADGB, und die Redakteure der Gewerkschaftspressen an der Sitzung teil.

Theodor Leipart eröffnete die Beratungen mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Stunde und der Aufgabe dieser Tagung. Im Wahlkampf habe die Arbeiterbewegung sich trefflich behauptet. Aber wie damals vorausgesagt wurde, waren die Kämpfe, die die Bewegung

Kollege Gottlieb Tente 60 Jahre alt

Vor knapp einem Jahre konnten wir unsern Kollegen Gottlieb Tente aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums als Angestellter unseres Verbandes und Mitarbeiter im Hauptbüro gratulieren. In diesen Tagen war für unsern damaligen Jubilar ein anderer Lebensabschnitt abgeschlossen. In der Tat ist am 17. September 60 Jahre alt geworden und es soll nicht unterlassen sein, die Verdienste dieses nun unter die Alten eingereihten treuen Funktionärs der Organisation aufs neue noch einmal hervorzuheben. Als Gründer und langjähriger Leiter der Kinderfreundebewegung in Hamburg wird sein Name bei der zulezt herangewachsenen Generation in bester Erinnerung sein. Unlösbar ist der Name Gottlieb Tente mit dem sozialistischen Kinder- und Jugendheim „Mutter Ried“ in der Schiffbecker Heide verknüpft, das sein Entsehen und seinen Aufbau vor allem der fördernden Tätigkeit unseres Kollegen Tente zu danken hat. Wir wissen uns mit weitesten Kreisen der Hamburger organisierten Arbeitererschaft eins, wenn wir unsern treuen Kollegen und Mitarbeiter auch für den ferneren Lebensweg die besten Glückwünsche aussprechen.

Kollege Karl Amtage 25 Jahre Geschäftsführer der Filiale Halle a. d. Saale

Die intensive Organisationsarbeit in den neunziger Jahren des vorigen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts brachte der Gewerkschaftsbewegung überall einen vornehm kaum erhofften Auftrieb. Besonders in den Großstädten konnten viele Mitglieder gewonnen werden, die sich zur Wahrung ihrer Rechte zusammenschlossen und dem gewerkschaftlichen Gedanken immer größeren Anhang verschafften. Mit der Steigerung der Mitgliederzahlen wuchsen auch die Aufgaben der Filialen, beschränkte man sich doch nicht auf das Stadtgebiet, sondern versuchte den nötigen Einfluß auch auf das Land, als Rekrutierungsgebiet für die in der Stadt benötigten Arbeitskräfte auszuweihen. So mußte bald die Zeit kommen, wo die ehrenamtliche Tätigkeit der Funktionäre zur Bewältigung der Organisations- und Agitationsarbeit nicht mehr ausreichte und Kollegen zur Wahrnehmung der Rechte der Mitglieder freigestellt werden mußten. Für Halle war dieses Verhältnis im Herbst 1907 eingetreten und die damalige Mitgliedschaft hat mit der Wahl eines ihrer Lichtigsten, dem Kollegen Karl Amtage, einen guten Griff getan. Mit vorbildlicher Treue hat er sich auch in den schwersten Jahren seiner Amtsführung bewährt. Und es ist ihm gewiß nicht immer leicht gewesen. Hat er die Filiale doch über den Krieg hinweg zusammengehalten und er hat seinen Mann auch gestanden, als verbrecherische Verzehungsbestrebungen gerade im mitteldeutschen Industriegebiet gegen die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft anwachten. Das Amt hat in diesen Jahren große Anforderungen an ihn gestellt. Seiner aufopfernden Tätigkeit ist es gelungen, die Filiale über alle Angriffe und Anfeindungen hinweg zusammenzuhalten. Auch Karl Amtage ist 60 Jahre alt geworden. Er hat sich um die Organisation durch treue Pflichterfüllung verdient gemacht. Mit seiner Filiale übermittelte ihm der ganze Verband die herzlichsten Glückwünsche zu fernem Wohlergehen!

zu bestehen hat, mit der Wahlbewegung und dem Zuge der Wahl nicht abgeschlossen. Die Ereignisse überstürzten sich. Täglich stehen die Gewerkschaften vor neuen Aufgaben, die wachsende Anstrengungen zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft erfordern. Die vordringlichste Pflicht aller tätigen Menschen in der Bewegung sei es, die Einheit der Organisationen unter allen Umständen gegen alle Angriffe und Gefahren sicherzustellen. Unter diesem Gesichtspunkt sei die taktische Haltung der Gewerkschaftsbewegung in jeder Etappe, die sie zurückzulegen habe, zu bestimmen. Die deutschen Gewerkschaften führen ihren Kampf für die deutsche Arbeiterschaft. Damit vertreten sie zugleich weitreichende Lebensinteressen der Nation. Dies zu betonen sei Anlaß gegeben in einer Zeit, in der gewisse Gruppen der Gegner der Arbeiterbewegung durch demagogische Verdrehung von Meinungsäußerungen der Gewerkschaften deren nationale Gesinnung in Zweifel zu ziehen trachten. Gegenwärtig gäbe eine vielfach lächerliche Soldatenspielerlei dem öffentlichen Leben weitbin das Gepräge. Sie werde zwar vom Ausland oftmals in ihrer Bedeutung überschätzt, aber ihre bürgerkriegsähnlichen Auswirkungen schädigen doch das nationale Ansehen Deutschlands in der Welt. Gegenüber gewissen Erscheinungen der internationalen Politik, die auf eine Juspition der nationalen Gegensätze hindeuten, erkläre er, Leipart, daß die deutsche Arbeiterbewegung an der Parole festhalte: Nie wieder Krieg! Die deutschen Gewerkschaften bekämpfen alle Aufrüstungsbestrebungen. Sie fordern die Abrüstung, aber sie treten im Inlande wie durch ihre internationalen Beziehungen ein für das Recht Deutschlands auf volle Gleichberechtigung neben allen andern Nationen.

Im weiteren Verlauf seines Berichts ging Leipart ein auf Gerüchte und Behauptungen, nach denen zwischen den Gewerkschaften einerseits und Abgeordneten der Nationalsozialisten sowie Mitgliedern des Reichskabinetts andererseits Verhandlungen stattgefunden hätten mit dem Ziel einer Umbildung oder Neubildung der Regierung und der „Folierung“ einer neuen Regierung durch die Gewerkschaften. Diese Gerüchte haben zum Teil ihren Niederschlag auch in der Presse gefunden. Leipart wiederholte mit Nachdruck die bereits früher abgegebene Erklärung der Bundesleitung, daß an diesen Behauptungen kein Wort wahr sei. Dagegen werden die Gewerkschaften auch bei der gegenwärtigen Regierung ihren Einfluß so weit auszuüben versuchen, wie es erforderlich ist, um das Interesse der Arbeiter gegenüber allen Maßnahmen zu vertreten, die in den Aufgabekreis der Gewerkschaften fallen. Leipart erwähnte eine Reihe von Fällen, in denen die Bundesleitung durch Eingaben, Beschwerden, Vorstellungen und Proteste bei verschiedenen Regierungsstellen ihren Einfluß in einem solchen Sinne geltend gemacht hat. Dies sei unter andern in Zusammenhang mit den Ueberfällen auf Gewerkschaftshäuser durch nationalsozialistische Banden mit großer Eindringlichkeit gesehen. Ueber die Stellungnahme der Gewerkschaften zum

Freiwilligen Arbeitsdienst sei eine endgültige Verständigung zwischen den nächstinteressierten Organisationen erfolgt, und zwar auf der Grundlage der Richtlinien, die die letzte Bundesausschuß-Sitzung beschäftigt hatten. Darauf ist unter dem Namen „Sozialer Dienst“ eine Arbeitsgemeinschaft der am Freiwilligen Arbeitsdienst interessierten Spitzenorganisationen der Arbeiterbewegung ins Leben gerufen worden. Von den Arbeitsgrundlagen und Arbeitszielen des „Sozialen Dienstes“ seien die Verbände und die Öffentlichkeit durch Rundschreiben sowie durch die Presse unterrichtet. Die Federführung der Arbeitsgemeinschaft liege beim ADGB. Zur Bearbeitung dieses Sachgebietes im Bundesbüro sei der Kollege Dr. P. a. h. gewonnen worden; seine Anstellung werde vorübergehend sein.

Die Bundesleitung hat sich ständig mit allen Männen zur Arbeitsbeschaffung, die in der Öffentlichkeit ausgetauscht oder auf dem Verhandlungswege an sie herangetragen wurden, auseinandergesetzt. Das gilt zumal für das bekannte Projekt des Landgemeindetages, gegen das erhebliche Bedenken wegen der vorgesehenen Finanzierungsweise bestehen, während die Pläne für die Auswahl und die Durchführung der Arbeiten gewerkschaftlichen Interessen nicht widersprechen würden. Vom Internationalen Arbeitsamt erwarten die Gewerkschaften, daß es auch unter dem neuen Direktor die Bahnen nicht verlassen werde, in denen es unter der Führung von Albert Thomas wandelte. Im Hinblick auf die bevorstehende Verwaltungsratsitzung des I.A.L. verlangt der ADGB, von dem Vertreter der deutschen Regierung im Verwaltungsrat, daß er sich tatkräftig und wirkungsvoll für ein internationales Abkommen zur Einführung der 40-Stunden-Woche einsetzt.

Schlusssatz berichtet über eine Vorsprache beim preussischen Innenminister wegen der auch durch die Presse bekanntgewordenen Veranlassung von Nachforschungen über die Organisation des Reichsbanners und der Kammererschaften. Gegen dieses Verfahren hat die Bundesleitung in der Unterredung mit Minister Bracht Einspruch erhoben.

Es wurde dann der wichtigste Punkt, die Notverordnung der Reichsregierung Papen, beraten. Darüber haben wir bereits in der vorigen Nummer berichtet.

Der zweite Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Behandlung der Frage der gewerkschaftlichen Agitation. Darüber berichten wir in der nächsten Nummer.

Ein Volksentscheid gegen die Notverordnung

Durch den zweiten Teil der Notverordnung vom 4. September wird ein außerordentlich folgenschwerer Eingriff in das Tarifrecht vorgenommen. Nebenbei werden die Löhne nicht wenig gekürzt. Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, wenn schnellstens versucht wird, diesen Teil der Notverordnung wieder zu beseitigen. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Volksbegehren mit dem Ziele eines Volksentscheides über den folgenschweren Gesetzentwurf beantragt:

§ 1. Der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt Nr. 57, S. 428 folgende) wird mit Wirkung vom 4. September außer Kraft gesetzt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Noch vor der Auflösung des Reichstages, wahrscheinlich in Voraussicht der Ohnmacht des verflorenen Reichstages, wurde dem Reichsinnenminister der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zugeleitet. Die Regierung ist verpflichtet diesem Volksbegehren stattzugeben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mußte sich auf den zweiten Teil der Notverordnung beschränken, da Bestimmungen, die den Haushaltsplan oder Abgabengesetze betreffen, nach der Verfassung nicht zum Volksentscheid gestellt werden dürfen. Somit hat das deutsche Volk selbst die Möglichkeit durch eine Abstimmung den Angriff auf die Tarifrechte abzuwehren. Die Gewerkschaften werden diesen Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterstützen. Es kann nicht angehen, daß die Ankurbelung der Wirtschaft lediglich auf Kosten der Arbeiter und Angestellten vorgenommen wird. Die Unternehmer haben nicht nur keine Opfer zu bringen, sie erhalten im Gegenteil Milliardenbesuche. Etwas derartiges darf nicht ungehindert vor sich gehen. Das Volksbegehren und später der Volksentscheid, werden Gelegenheit geben, vor der breitesten Öffentlichkeit die Sozialpolitik der Papen-Regierung zu behandeln. Jeder Arbeiter und Angestellte ist verpflichtet seine ganze Kraft in den Dienst der Agitation zu stellen. Geschicht hat, dann wird sich rasch entscheiden, daß eine eingesezte Regierung nicht so ohne weiteres über die Grundrechte des arbeitenden Volkes entscheiden darf. Wenn die Rechtsfragen im allgemeinen unangetastet bleiben, dann verlangt die Arbeiterklasse, daß auch an ihren Rechten nicht gerüttelt wird. Wir werden sehen, was die Regierung auf diesen Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unternimmt. Doch dessen ungeachtet müssen wir schon jetzt alle Vorbereitungen treffen, damit das Volksbegehren und später der Volksentscheid einen überwältigenden Sieg bringt. Daran darf die Sabotage der R.D. nichts ändern, der es nicht paßt, daß es gegen anderes als mit Deutschnationalen und Nazis zusammen gegen eine sozialdemokratisch geführte Preußenregierung gehen soll.

Aus dem Verbandsleben

Chemnitz. Die Monatsversammlung unserer Filiale am 31. August nahm einen regen Verlauf. Kollege Kaufmann gab den Bericht über das 2. Quartal. Aus diesem ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand stabil geblieben ist, ein Erfolg, mit dem man durchaus nicht zufrieden sein kann. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß bei der großen Arbeitslosigkeit die Werbetätigkeit nicht so erfolgreich sein kann als in besseren Zeiten, so steht aber doch fest, daß bei regerer Teilnahme der Mitglieder am Verbandsleben und Ausnutzung jeder Werbemöglichkeit, mehr Aufnahmen sich hätten erzielen lassen und somit auch ein höherer Mitgliederstand. Alle Mitglieder müßten ihre ganze Kraft für den weiteren Ausbau des Verbandes einsetzen. Die Buchkontrollen sind regelmäßig durchzuführen, die Anwürfe unserer Gegner von rechts und links müssen zurückgewiesen werden. Der beste Beweis für die Notwendigkeit der Organisation sei der Verlauf und das Ergebnis der Lohnbewegung dieses Jahres. So schmerzlich der gewaltige Abbau gerade für die Chemnitzer Kollegen sei, dürfe aber nicht vergessen werden, daß die Meister mit den Löhnen noch viel weiter herunter wollten. Sie hätten dies angeht die ganzen Umstände auch erreicht, wenn nicht der Verband ein halt geboten hätte. Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns noch weitere Kämpfe bevorstehen. Die Organisation müsse für diese gerüstet sein. — Der Punkt Beitragsregelung wurde von der Versammlung mit großem Interesse aufgegriffen. Alle Kollegen, die sich an der Aussprache beteiligten, brachten zum Ausdruck, daß die Beiträge gesenkt werden müssen. Man verkenne keineswegs, daß die Gewerkschaften heute mehr denn je auf die Beiträge der Mitglieder angewiesen sind. Gemein an den Existenzverhältnissen der Mitglieder sei aber der Beitrag zu hoch. Auf Antrag der Verwaltung wurde beschlossen, den Filialbeitrag von 50 auf 40 J herabzusetzen. Der normale Beitrag für Chemnitz beträgt somit 1,50 M. Es wurde ferner beschlossen, der Filialvorstand solle beim Verbandsvorstand auf Herabsetzung des Hauptbeitrages hinarbeiten. — Als weiterer Punkt wurde die Beitragskassierung behandelt und beschlossen, die hauptamtliche Beitragskassierung beizubehalten, aber für den Einkassierer Kurzarbeit einzuführen. Eine Anfrage aus der Versammlung über die Sanierung der Saubütte, Chemnitz, wurde vom Kollegen Weise erschöpfend beantwortet. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende, Kollege Schirber, die interessante Versammlung.

Berufsunfälle

Ubed. In Ahrensburg werden zur Zeit auf dem Bahnhof Malerarbeiten von der Firma L. Niebert, Lübeck, ausgeführt. Beim Einfahren eines Zuges kam am 11. August das Gerüst, aus Böden, Stützelementen und Ausbrettern aufgebaut, auf dem vier Kollegen arbeiteten, durch einen unglücklichen Unfall ins Schwanken. Hierbei fiel unser Kollege Martin Rath so unglücklich herunter, daß er sofort ins Lübecker Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Er hatte einen Schenkelbruch, Blutergergieß im Bein und eine Kopfverletzung erlitten.

Vom 18. Sept. bis 24. Sept. ist die 38. Beitragswoche.
Vom 25. Sept. bis 1. Okt. ist die 39. Beitragswoche.

Verbindlichkeiten

Das Mitgliedsbuch Nr. 29 925, lautend auf den Namen K o s w i g, F r i s, geboren am 6. Juli 1902 in Forst, eingetreten am 12. Mai 1924 in Forst, ist gesperrt. Falls es in einer Filiale oder Zahlstelle vorgezeigt wird, ist es einzuziehen und an die Hauptverwaltung einzusenden. Der Verbandsvorstand.

Sozialpolitisches

Der umgekehrte Malthus.

Vor mehr als hundert Jahren hat der englische Pastor und Nationalökonom Malthus die These vertreten, daß die Menschheit leider gezwungen sei in einer gewissen Armut zu verharren, weil die Natur nicht ergiebig genug sei, um eine wachsende Menschzahl ausreichend zu ernähren und ihr bessere Kleidung und Wohnung zu verschaffen. Wir wissen längst, daß die Technik und andere Umstände dem Menschen die Mittel an die Hand gaben, den Lebensstandard aller Völker wesentlich zu erhöhen. Wenn es zu solchen Wirtschaftskatastrophen kommt wie gegenwärtig, dann liegt dies daran, daß die Entwicklung einseitig vor sich geht und der Kapitalismus wohl die Produktion, nicht aber die Verteilung der Produktion zu organisieren vermochte. Das diesjährige Erntergebnis aus den verschiedenen europäischen Ländern deutet darauf hin, daß die Natur in diesem Jahre wiederum sehr freigiebig war. Alle Länder berichten von einer wesentlichen Steigerung der Ernte den letzten Jahren gegenüber. Für Deutschland wird mit einer Erhöhung der Erträge bei Winterroggen von 6,6 auf 8,0 Millionen Tonnen, bei Winterweizen von 3,7 auf 4,5, bei Gerste von 3,0 auf 3,3, bei Hafer von 6,2 auf 6,5 Millionen Tonnen gerechnet. Dieser erhöhte Ernteertrag könnte höchstens durch schlechtes Erntewetter ungenügend forgiert werden. Jedenfalls zeigt auch das diesjährige Erntergebnis, daß Malthus' Prophezeiungen nicht eingetroffen sind und alle Menschen reichlich ernährt, gut gekleidet und besser behaust werden könnten, wenn die Wirtschaftsordnung den Segen der Natur und des Produktionsergebnisses unter alle Menschen günstig zu verteilen in der Lage wäre.

Arbeitsvermittlung

Wer entscheidet über die Bedürftigkeit?

Die Mitwirkung der Gemeinden bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird in Nr. 50 der Preussischen Gesetzsammlung eine Verordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt veröffentlicht über die Mitwirkung der Gemeinden bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. In der Verordnung wird bestimmt: Zuständig zur Prüfung der Hilfsbedürftigkeit im Sinne des § 172 Abs. 3 des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Stadt- und Landkreise des Wohnortes des Arbeitslosen. Vor Erstattung des Gutachtens durch das zuständige Organ des Landkreises ist die Wohnortsgemeinde zu hören, soweit ihr bei Durchführung der Fürsorge für Wohlfahrtsverwahrloste die Entscheidung über die Anträge oder deren Prüfung übertragen ist. Im übrigen sind die Behörden der kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, zur Durchführung der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit an sie ergehenden Ersuchen des Landkreises Folge zu leisten. — Der Einspruch ist binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung beim Arbeitsamt einzulegen. Wird er von diesem an den Bezirksfürsorgeverband abgegeben, so entscheidet das zuständige Organ des Bezirksfürsorgeverbandes. — Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 1932 in Kraft, jedoch beginnt die Einspruchsfrist erst mit dem Tage der Verkündung (9. September) zu laufen.

Vom Ausland

Abschluß des Lohnkampfes der Maler und Anstreicher Wiens

In Nr. 17 hatten wir berichtet, wie unsere Berufskollegen in Wien einen ähnlichen schweren, wenn nicht noch schwereren Lohnkampf zu führen hatten wie wir. Die Scharfmacher unter den Unternehmern hatten es darauf abgesehen, die grosse Arbeitslosigkeit und überhaupt die schwere Wirtschaftslage in Oesterreich zu nützen, um einen Tarifabschluss überhaupt zu verhindern. Das ist ihnen auch bis zu diesen Tagen gelungen. Ende März war der alte Vertrag abgelaufen. Seitdem leisteten unsere Kollegen einen hartnäckigen, monatelangen Widerstand und führten, wie die „Baugewerkschaft“ Nummer 31 mitteilt, in 17 Betrieben im Stadium der Endkämpfe einen siebentägigen Streik. Die Haltung der Kollegenschaft, und die Tatsache, dass

unter dem tariflosen Zustand die anständigen Unternehmer wie auch das Gewerbe überhaupt die Leidtragenden waren, bewirkte, daß es nunmehr zu einem Abschluss gekommen ist, sehr zum Leidwesen der Scharfmacher in den Reihen der Unternehmer. Den letzten Druck in den Verhandlungen übte der Streik aus. Der neue Vertrag gilt ab 1. September dieses Jahres. Der arbeitsrechtliche Teil des alten Lohnvertrages blieb bestehen, das heisst es gelang, die Bestrebungen auf Abbau von Urlaub und Entgelt abzuwehren. Der neue Lohn beträgt in der Spitze 1,70 Schilling. Das bedeutet nach Lage der Verhältnisse einen unzweifelhaften Erfolg unserer Wiener Kollegen.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteilte Patente.

- Nr. 75 b. 560 526. Verfahren zur Herstellung von starren, durchscheinenden, kunstgewerblichen Formkörpern. Bruno Speß, Chemnitz, Müllerstraße 8.
- Nr. 75 c. 560 427. Verfahren zur Herstellung von rostschützenden Überzügen aus Zelloxolacken. J. B. Farbenindustrie AG, Frankfurt a. Main.
- Nr. 75 c. 560 528. Verfahren zur Herstellung von Schleifvladierungen und Vorrichtung zur Ausübung des Verfahrens. Wilhelm Füllbach, Quisburg-Weidrich, Sommerstraße 49.
- Nr. 75 c. 560 527. Verfahren zum Zerstäuben von Flüssigkeiten aller Art. D. Dupuis & Co., München-Grabbach.
- Nr. 75 c. 1 230 802. Porenmälze für porige Solkanstriche. Johann Hermann Hofmann, Selb i. Bayern.
- Nr. 75 c. 1 230 875. Buchstabenstemplone. Karl Dittmann G. m. b. H., Kiel, Damperhoffstraße 14.

Literarisches

„Die Arbeit.“ 8. Heft. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleitung: Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des DGB, G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M. für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

Auch das vorliegende Augustheft reißt sich würdig an seine Vorgänger an. Stets sind es zeitgemäße, akute Probleme, die in ausgezeichneter Weise theoretisch vertieft und abstraktionsfähig gemacht werden. Franz Spitzel behandelt Probleme der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsmarktpolitik, Dr. S. Bading das bedeutsame Problem der Sozialisierung der Landwirtschaft, Prof. Dr. Hans Seligson bringt bereits in abgeleiteter Form wertvolle Beiträge über „Wege zur Planwirtschaft“ — ein Thema, so wichtig wie aktuell. „Schritt aktuell und bedenklich auf der Arbeit.“ Die Fortführung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Er entwickelt die gemeinsame Auffassung von aktiven Jugendlichen. Die „Arbeit“ beweist, daß sie ein theoretisches Organ im besten, echt gewerkschaftlichen Sinne ist. Genannt sei auch ein Referat Theodor Leiparts, das zugleich Stellungnahme ist, über Otto Straßers Buch: „Aufbau des deutschen Sozialismus.“ — Funktionäre der Gewerkschaften können die „Arbeit“ kaum entbehren.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e.V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. — Die 7. September-Nummer der an den Schwestern der Krankenkassen kostenlos verteilten Monatschrift „Gesundheit“ enthält ebenso wie ihre Vorgängerinnen eine Fülle interessanter und lehrreichen Stoffes. Aus dem Gebiet der Ernährung seien die Aufsätze: „Die Chemie des menschlichen Körpers“ und „Das praktische Milch-WB“ erwähnt. Wichtige Fragen der Gebenberhaltung behandeln die Artikel: „Formkörper im Auge“ und „Gefahren im Haushalt“. Auch zwei bei Eltern und Erzieher immer wieder auftauchende Probleme: „Sitzt es bei Kindern ein krankhaftes Lügen?“ und „Warum schlafen unsere Kinder nicht?“, werden von sachkundiger Seite erörtert. Mit dem Schlaf und den durch ihn veränderten Funktionen des Körpers beschäftigt sich ein weiterer, für jedermann lebenswichtiger Artikel. Ferner sind anzuführen Aufsätze über „Krankheiten und Jahreszeiten“, „Sport und Landbevölkerung“, „Schwangerschaft und Mutterkaff“, „Mastikellinaguetismus“? Der Gebirgsarzt einer großen Klinik beschäftigt sich mit dem „Abten und Baggeren“ — Zur Aufklärung der Raucherfrage über versicherungsrechtliche Fragen dienen zwei gleichfalls vollständig und leicht verständlich geschriebene Aufsätze über „Krankenhaushilfe“ und über die „Freiwillige Versicherung bei der Krankenkasse“.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Sozialökonomische Rundschau“. Herausgegeben von Karl Ring, Jena, Septemberheft 1932. Verlag Karl Zwinn, Verlagshandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 M. — Aus dem Inhalt dieser anregenden Monatshefte seien hervor: In einem beachtenswerten Aufsatz über Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit weist Hans Thalmann nach, daß wir eine gründliche statistische Durchleuchtung aller wirtschaftlichen Vorgänge notwendig brauchen. Ueber die Einheit der Gewerkschaftsbewegung äußert sich Erkelens, und über das unerschöpfliche Problem der Nationalisierung Gröhner, während Wittenfeld sich in einem Aufsatz „Warum gibt es in Sowjet-Rußland keine Arbeitslosigkeit?“ über russische Arbeitsprobleme äußert. — Wirtschaftspolitische Aufsätze und Informationen vervollständigen das Heft.

Sterbetafel

- Frankfurt am Main. Am 7. September starb infolge eines Nierenleidens unser lieber Kollege, der Maler Georg Wagner, im Alter von 58 Jahren; Mitglied seit 1906.
- Wiesbaden. Infolge eines Schlaganfalles verstarb am 31. August unser langjähriges treues Mitglied und Mitbegründer der Filiale, der Kollege Wilhelm Busch aus Wiesbaden im Alter von 66 Jahren.
- Zwickau. Am 5. September schied unser Jungkollege Rudolf Wolf freiwillig aus dem Leben.

Ehre ihrem Andenken!